



Rentenversicherung vor Belastungssprung

Ute Pappelbaum

Die Deutsche Rentenversicherung erwartet für das Jahr 2028 einen deutlichen Sprung des Beitragssatzes von derzeit 18,6 auf 19,8 Prozent – der erste Anstieg seit 2007. Für 2029 wird ein weiterer Anstieg auf 20 Prozent prognostiziert. Diese Entwicklung markiert einen Wendepunkt nach zwei Jahrzehnten relativer Stabilität. Sie signalisiert nicht nur wachsende Finanzierungsprobleme, sondern legt tieferliegende Mechanismen der Rentenarchitektur offen.

Rücklage wird zum Auslöser

Auslöser für den Beitragssatzsprung ist kein plötzlicher Ausgabenanstieg, sondern eine technische Anpassung an die sogenannte Nachhaltigkeitsrücklage – eine Reserve zur Abfederung unterjähriger Schwankungen. Aktuell muss sie mindestens 0,2 Monatsausgaben betragen. Die Bundesregierung plant, diesen Wert auf 0,3 anzuheben. Da die Rücklage schwindet, greift bald eine gesetzliche Regel: Wird die Untergrenze unterschritten, steigt automatisch der Beitragssatz – unabhängig vom tatsächlichen Finanzierungsbedarf.

Der Mechanismus verschiebt Verantwortung. Der Bund muss in diesem Fall keine Ausgleichszahlungen leisten – die Mehrkosten tragen Beitragszahler. Die strukturelle Folge: Die Rentenfinanzierung wird formell stabilisiert, aber real umverteilt.

Belastung bei schrumpfender Basis

Der Schritt fällt in eine Phase zunehmender Belastungen für die Sozialversicherung insgesamt. Der demografische Wandel – mehr Leistungsempfänger, weniger Beitragszahler – setzt das Umlageverfahren unter Druck. Gleichzeitig steigen die Renten nominal weiter: Für 2026 wird eine Anhebung um 3,7 Prozent erwartet – bei einer Inflationsrate von 2,1 Prozent. Real bedeutet das mehr Kaufkraft für Rentner, aber zugleich eine steigende Ausgabenlast für das System.

DRV-Chef Alexander Gunkel warnt vor einer drohenden Überlastung der Beitragszahler, die gleichzeitig mit steigenden Kosten in Kranken- und Pflegeversicherung konfrontiert sind. Er fordert, die Zusatzkosten für die Rücklagenanhebung sollten nicht allein den Beschäftigten aufgebürdet werden.

Keine Reform, sondern Automatismus

Auffällig ist: Die Beitragserhöhung folgt keinem politisch motivierten Leistungsausbau – sondern einem formalen

Rücklagenziel. In der Vergangenheit wurde mit wachsendem Bundeszuschuss und gezieltem Rücklagenabbau verhindert, dass Beitragssätze steigen. Dieses Modell scheint ausgereizt.

Gleichzeitig bleibt eine strukturelle Reform aus. Die aktuelle Rentenpolitik hält an Versprechen wie Haltelinie beim Rentenniveau und Mütterrente fest – ohne langfristige Gegenfinanzierung. Die Folge ist ein politisch kaschierter Automatismus: steigende Beiträge bei gleichzeitiger Reformvermeidung.

Politische Nebengeräusche

Die parlamentarischen Verhandlungen über das geplante Rentenpaket – das Rentenniveau, die neue Mütterrente, die Aktiv- und Frühstart-Rente sowie Betriebsrentenstärkung – spiegeln diese strukturelle Spannung. Die Junge Gruppe der CDU lehnt die steuerfinanzierte Ausweitung der Mütterrente ab – mit Verweis auf Generationengerechtigkeit. Ohne ihre Zustimmung könnte das Paket scheitern.

Doch der eigentliche Druck entsteht nicht in den Verhandlungen, sondern in der Finanzierungstechnik. Dass der Beitragssatz nun ausgerechnet durch die Rücklage steigt – nicht durch Leistungsausbau –, verweist auf eine Schwäche der aktuellen Rentenpolitik: Sie agiert reaktiv und formelgetrieben, nicht strukturell und zukunftsorientiert.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4946901/Rentenversicherung-vor-Belastungssprung/>